

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 20. November 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/uje>

Antisemitismus, Fanatismus und Hassparolen entschieden entgegneten

Die Auswirkungen der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen im vergangenen Sommer waren weltweit spürbar, so auch in Deutschland und in Bremen und Bremerhaven. Auch in Bremen gab es Demonstrationen mit antisemitischen Ausschreitungen. Selbstverständlich sind angesichts der Tragweite des Konflikts politische Kontroverse, Kritik und öffentlicher Streit möglich und auch nötig. Aber das Recht auf Meinungsäußerung endet an den Grenzen unserer Rechtsordnung: Alle Formen von Gewalt, Fanatismus, Diskriminierung, Intoleranz oder gar Rassismus überschreiten diese Grenzen. Antisemitismus und Judenhass – gleich aus welcher politischen oder religiösen Richtung – muss entschieden entgegengetreten werden. Ein von allen Bürgerschaftsfraktionen unterzeichneter Entschließungsantrag unterstreicht die Haltung der Bremischen Bürgerschaft gegen solche Formen der Intoleranz.



Zwei Punkte hob Hermann Kuhn in der Debatte hervor, die Anlass für den Antrag waren: Zum einen war es der offene Judenhass, der sich im Sommer während des Gaza-Konflikts auf deutschen und auch Bremer Straßen gezeigt hat, und der sich vielfach zu tätlicher Gewalt steigerte. Er hat uns tief erschreckt, die jüdischen Gemeinden aber im Innersten erschüttert. „Können Sie sich vorstellen“, so Kuhn, „dass ein Jude sich heute in Deutschland wieder nicht traut, mit einer Kippa auf dem Kopf auf die Straße zu gehen? Das ist eine Schande für unser Land! Und dann weigern sich Staatsanwaltschaften in Deutschland, öffentliche Rufe wie ‚ Hamas, Hamas, Juden ins Gas!‘ strafrechtlich zu verfolgen – mit der Begründung, das richte sich nicht gegen die Juden allgemein, sondern gegen Israel! Auch das finde ich unerträglich!“

Zum anderen war Anlass für den Antrag auch die große Unruhe in der islamisch geprägten Welt des Mittleren Ostens, wo Terrorgruppen wie die Muslimbrüder, die Hamas und jetzt der Islamische Staat den Namen, die Traditionen und das Ansehen einer Religion missbrauchen, um ihre Herrschaft und ihren Reichtum zu sichern und auszudehnen. Dieser Missbrauch der Religion dient wiederum Menschen hier als Vorwand, alle Gläubigen und Anhänger des Islams unter generellen Verdacht zu stellen und sie als Muslime für demokratieuntauglich zu erklären. Kuhn: „Diese Leute haben selbst mit Demokratie nichts am Hut. Ihre Behauptung ist Unsinn, gefährlicher Unsinn; Millionen Muslime, die hier mit uns leben, widerlegen sie täglich.“

Hermann Kuhn fasste die Ziele des Antrags zusammen: „Unser Beitrag, unsere Unterstützung, unsere Aufgabe dabei ist nach unserer Überzeugung, grundsätzlich und immer wieder zu sagen und danach zu handeln,

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Am Flughafen Bremen sollen ab 1.1.2015 lärmabhängige Flughafengebühren eingeführt werden, für das Jahr 2016 soll ein emissionsabhängiges Entgelt kommen. Offen bleibt, ob diese Maßnahmen die erwünschten Auswirkungen auf die Flugzeugflotten der Fluggesellschaften haben (weniger Lärm, weniger Abgase).



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

dass es bei uns keine Hierarchie von Religionen, Weltanschauungen und Lebensstilen gibt; dass wir – gegenseitig – allen mit dem gleichen Respekt begegnen wollen – und nicht nur mit ‚Duldung‘. Unsere heutige Lebenswirklichkeit ist sicher mit vielen Traditionen gesättigt; aber sie ist heute vor allem von Vielfalt geprägt. Die Freiheit zur Vielfalt zu fördern und zu schützen, das ist für uns die grundlegende Voraussetzung dafür, dass wir dann auch in der Lage sind, mit guten Argumenten dem Antisemitismus, der Muslimfeindschaft und anderen Hassparolen entgegenzutreten.“

Förderung von Einbürgerungen mit mehr Herzblut

Die Anzahl an Einbürgerungen in Deutschland geht zurück. Dabei profitiert unsere Gesellschaft davon, wenn MigrantInnen sich aktiv einbringen und mit der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit uneingeschränkte staatsbürgerliche Verantwortung übernehmen. In den Bundesländern werden Werbekampagnen durchgeführt, den deutschen Pass zu beantragen. Mit einer Großen Anfrage zur Entwicklung in Bremen, ging die grüne Fraktion den möglichen Hürden und Hindernissen (wie zum Beispiel den Kosten) wie auch den Maßnahmen, das Interesse an der deutschen Staatsbürgerschaft zu steigern, nach.



Für die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh gab die Antwort des Senats nicht wirklich Aufschluss über die Gründe der geringen Zahl an Einbürgerungen. Auch die jüngste Werbekampagne des Senats für Einbürgerungen war aus Sicht der Abgeordneten wenig inspiriert.

Mohammadzadeh führte aus, dass von MigrantInnen gefordert werde, sich mit der staatlichen Ordnung und dem gesellschaftlichen Wertesystem zu identifizieren, was in Ordnung ist. Identifikation darf aber nicht einseitig gefordert werden, sie muss – wie Integration – gegenseitig sein. Den Menschen muss vermittelt werden, dass ihnen ein vollwertiger Platz im Gemeinwesen eingeräumt wird. Dieser Zusammenhang unterstreicht die Bedeutung der Einbürgerung für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Wenn der Staat den MigrantInnen die Einbürgerung ermöglicht, dann ist das etwas Selbstverständliches. Der Staat zeigt damit, dass auch er sich mit seinen BürgerInnen identifiziert, er tut den entscheidenden Schritt auf sie zu. Dieser entscheidende Schritt fehlt Zahra Mohammadzadeh. Und ihr fehlt in den Papieren und Vorlagen zu diesem Thema das Herzblut, mit dem es behandelt werden sollte.

Aus dem Öl aussteigen, bevor das Öl ausgeht

Die Abhängigkeit vom begrenzt vorhandenen Rohstoff Erdöl ist enorm: Das betrifft nicht nur den Energiebereich, sondern auch die Herstellung von Kunststoffen, sogar Kleidung und Medikamenten bis hin zur Erzeugung von Lebensmitteln. Wie stark die Wirtschaft davon abhängig ist und welche Maßnahmen nötig wären, haben schon zwei Studien der Bundeswehr für die Länder Sachsen und Thüringen gezeigt. Eine Große Anfrage beleuchtet die Problemlage in Bremen und Bremerhaven, denn als Industrie- und



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Hafenstandorte sind sie von den Versorgungs- und Preisrisiken besonders betroffen.



Im Land Bremen, so die Antwort des Senats, wird Öl vor allem im Verkehrsbereich benötigt. Damit, so die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck, hängt vor allem die Logistik-Wirtschaft davon ab, wie sich der Erdölpreis entwickelt – auch wenn der Ölpreis zurzeit so niedrig ist wie schon lange nicht mehr (was für die ölexportierenden Länder wie Venezuela ein Problem darstellt). Zu einer Strategie für den Umgang mit den Risiken in der Erdölversorgung gehört für Schierenbeck eine grüne Logistik, die mit sparsamen Antrieben auskommt, eine Automobilindustrie, die auf Effizienz statt auf PS setzt, und eine Nahrungsmittelindustrie, die verstärkt wieder auf Regionalität setzt, und ein Handwerk, das sein Geld mit der energetischen Gebäudesanierung verdient. Letztlich führt kein Weg daran vorbei, aus der fossilen Energiewirtschaft auszusteigen, bevor das Öl zur Neige geht.

Klimawandel erfordert Anpassungsmaßnahmen

Um den Folgen des Klimawandels zu begegnen und mögliche Schäden so gering wie möglich zu halten, muss für Bremen und Bremerhaven eine Anpassungsstrategie entwickelt werden. Dies ist auch im geplanten Bremischen Klimaschutzgesetz angelegt. Im Zuge der Entwicklung von Klimaanpassungsmaßnahmen können neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen entstehen, die für das Land Bremen auch positive Effekte auf die Wirtschaft haben. Mit einer Großen Anfrage geht die Koalition einen Schritt weiter: von der Diskussion um den Klimawandel hin zu den möglichen umsetzbaren Reaktionen darauf.



Die auch für Klimaschutzpolitik zuständige Abgeordnete Anne Schierenbeck machte deutlich, dass das Land Bremen einer Strategie aus Maßnahmen zum Klimaschutz und aus Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bedarf, die sich gegenseitig ergänzen. Auch wenn im Detail noch unbekannt ist, wie sich die Lage in der Zukunft darstellen wird, können doch schon heute Maßnahmen angegangen werden, um widerstandsfähiger und anpassungsfähiger zu werden – sei es im Deichbau, sei es im Bereich der Infrastruktur, vor allem im Hafensbereich und bei der Stadtentwässerung.

Freifunk fördern, Störerhaftung abschaffen

Für die gesellschaftliche Teilhabe hat der freie Zugang zum Internet eine immer größere Bedeutung. Kostenlose öffentliche Zugänge zum Internet über Drahtlosnetzwerke (WLAN) können dazu wesentlich beitragen. Seit geraumer Zeit gibt es bundesweit sogenannte Freifunk-Initiativen, bei denen „Freifunker“ ihre privaten WLAN-Router anderen NutzerInnen zur Verfügung stellen. Ein heute beschlossener Koalitionsantrag fordert vom Senat, dieses bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen.





Der netzpolitische Sprecher Mustafa Öztürk stellte klar, dass die Voraussetzung für die allgemeine Teilhabe am Internet ein möglichst barrierefreier Zugang ist. Das Haupthindernis für Initiativen wie die Freifunker ist die sogenannte Störerhaftung. Diese besagt, dass für verbotene Aktivitäten im Internet auch jene haften, die ihren privaten W-LAN-Router öffentlich zur Verfügung stellen.

Hier richtete Öztürk auch Kritik an die Bundesregierung, die zwar seit Wochen von einer digitalen Agenda spricht, aber wenig konkret wird und nicht vermittelt, wann endlich Rechtssicherheit bezüglich der Störerhaftung herrscht. Für die Grünen besteht kein Unterschied zwischen offenem W-LAN etwa in Restaurants oder Hotels und den privaten.

Sichere elektronische Kommunikation mit Behörden

Der Kontakt von BürgerInnen mit der öffentlichen Verwaltung kann über elektronische Medien zügiger und mit weniger Aufwand betrieben werden. Allerdings müssen für die Datenübermittlung hohe Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit erfüllt sein. Gibt es zwar für die verschlüsselte E-Mail-Kommunikation in der Justiz und zwischen Behörden ein sicheres System, lässt sich dies jedoch nicht in gängige Mail-Programme integrieren. Es gibt aber kostengünstige Möglichkeiten für eine sichere „Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“ wie „Pretty Good Privacy“ (PGP). Hier setzt ein heute verabschiedeter Koalitionsantrag an, der den Senat auffordert, die sichere Kommunikation von BürgerInnen mit öffentlichen Stellen zu ermöglichen und sicherzustellen.



Mustafa Öztürk, auch für das Politikfeld Datenschutz zuständig, machte in der Debatte auch Werbung für die grüne Fraktion, die als einzige auf ihrer Homepage schon jetzt die Möglichkeit des verschlüsselten Mail-Verkehrs bietet. Für Öztürk ist klar, dass künftig die Kommunikation mit Behörden auf elektronischem Weg weitaus häufiger stattfinden wird als heute. Hierzu sind die Verschlüsselungsmöglichkeiten anzubieten.

Sicherer Aufenthalt für Edward Snowden in Deutschland

Vor gut einem Jahr hatte Edward Snowden, ehemaliger Mitarbeiter des US-amerikanischen Auslandsgeheimdiensts „National Security Agency“ (NSA), die Weltöffentlichkeit und insbesondere Deutschland mit Veröffentlichungen massiver illegaler Abhörmethoden aufgeschreckt. Damit wurde das Ausmaß deutlich, in dem britische und amerikanische Geheimdienste die elektronische Kommunikation der BürgerInnen, der Regierung und anderer Institutionen ausspioniert haben.

Der „Whistleblower“ Snowden, von US-Behörden verfolgt, hält sich zurzeit in Moskau auf. Seine Kenntnisse wären von erheblicher Bedeutung für die Aufklärungsarbeit des NSA-Untersuchungsausschusses des Deutschen



Bundestags. Doch nicht nur dazu soll ihm ein sicherer Aufenthalt in Deutschland ermöglicht werden. Mit einem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen vom Senat, sich auch für einen zeitlich unbegrenzten sicheren Aufenthalt Snowden einzusetzen. Dazu habe Deutschland die moralische Pflicht, denn Snowden hat sich um die Sicherheit der BürgerInnen und um die politischen Interessen Deutschlands verdient gemacht.



Der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner sieht sich in der Frage, ob Snowden Schurke oder Held, gut oder böse ist, mit der übergroßen Mehrheit der Grünen einig: Er ist mehr Held als Schurke, denn er hat uns einen großen Dienst erwiesen. Er hat nicht gelogen, er hat niemanden falsch beschuldigt, er hat

nur offengelegt, was die Marschrichtung der NSA war: „Legal, illegal, scheißegal!“ Das ist kein Merkmal für einen Verräter, dass er diese Ausspitzelungspraxis öffentlich gemacht hat.

Güldner hob auch den Nutzen für Deutschland hervor: Indem Edward Snowden das Ausspähen der Deutschen öffentlich gemacht hat, hat er uns damit ein Stück Datenautonomie zurückgegeben, indem wir immerhin wissen, was mit unseren Daten angestellt wurde. Den Vorwurf, Snowden würde sich mit Russlands Präsident Putin solidarisieren, wies Güldner zurück: Snowden hat ein unglaubliches persönliches Risiko auf sich genommen und hat das Asyl angenommen, das ihm geboten wurde, und das war eben Russland.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de